

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meck'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Bestellungspreis: Die einjährige Zeitung...
In Fällen von höherer Gewalt...
Bestellungen nehmen alle...
Microfoto Nr 24 bei der...
Druck und Verlag der C. Meck'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigerpreis: Die einjährige Zeitung...
Bei größeren Aufträgen...
Zusatz: Anzeigen-Aussagen...
Anzeiger Nr. 4...
Anzeigerpreis: Die einjährige Zeitung...
Bei größeren Aufträgen...
Zusatz: Anzeigen-Aussagen...
Anzeiger Nr. 4...
Anzeigerpreis: Die einjährige Zeitung...
Bei größeren Aufträgen...
Zusatz: Anzeigen-Aussagen...
Anzeiger Nr. 4...

294

Neuenbürg, Montag, den 19. Dezember 1921.

79. Jahrgang.

Deutschland.

Eintigert, 17. Dez. Die im württ. Handelskammertag zusammengelassenen acht Handelskammern des Landes haben in einer Vertreterversammlung am Freitag einstimmig beschlossen, in letzter Stunde nochmals nachdrücklichst Verwahrung gegen die — offensichtlich unter dem Druck der Entente erfolgende — überhöhte Erhöhung der Tarife im Eisenbahn- wie Postverkehr einzulegen. Diese außerordentlichen Erhöhungen legen der Allgemeinheit, insbesondere all den auf Eisenbahn- und Postverkehr geschäftlich unmittelbar und zwingend angelegenen Kreisen von Industrie und Handel als Hauptträger des Verkehrs unerträgliche Belastungen auf. Wenn Reichs-eisenbahn- und Postverwaltung sich endlich zum Ziel setzen haben, ihren Betrieb nach kaufmännischen Grundsätzen zu leiten und ein Gleichgewicht zwischen ihren Einnahmen und Ausgaben herzustellen, so entspricht dieser Grundgedanke durchaus eigenen langjährigen Forderungen der Handelskammern. Dieses Ziel kaufmännischer Verwaltung und Umwidmung von Eisenbahn- und Post kann aber niemals durch rein mechanische Erhöhungen von Tarifen erreicht werden; vielmehr erscheint es unerlässlich, zur inneren Befähigung der Verkehrsanstalten eine durchgreifende organisatorische Neuregelung unter Herabsetzung der sonstigen Personalansprüche, Vereinfachung und Billigung des Verwaltungsapparats und unter Wahrung größter Sparanfänge durchzuführen. So wünschenswert und notwendig es ist, daß beide großen Verwaltungsorgane aus eigener Kraft sich finanziell selbst erhalten, so unerlässlich erscheint es andererseits dem württ. Handelskammertag, daß sie noch vor ihrer bedenklichen vollwirtschaftlichen Aufgaben erfüllen und ein wirksames und starkes Instrument zur Sicherung einer einheitlichen Wirtschaftspolitik unter entscheidendem Einfluß des Reiches bleiben.

Paris, 17. Dez. Nachdem zu Beginn der heutigen Verhandlung im Jagow-Prozess der zweite Verteidiger des Angeklagten v. Wangenheim, Rechtsanwalt Wölter, gesprochen hatte, hielt der Verteidiger des Angeklagten Schiele, Justizrat Genterich, sein Plaidoyer, in dem er die Freisprechung seines Klienten oder die Einstellung des Verfahrens beantragte.

Berlin, 17. Dez. Der Gedanke einer Erweiterung der Regierungskoalition im Reichstag erfährt allgemeine Ablehnung. — Die finanziellen Belastungen Deutschlands aus dem Friedensvertrag werden im Ratstragausbau von 1921 mit 112 Milliarden Mark eingeseht. — Die Berliner Telegraphenarbeiter broden mit einem Proteststreik, falls die Reichsregierung es nochmals ablehne, über die neuen Forderungen der Beamten, Arbeiter und Angestellten zu verhandeln. — Der Ausschuss des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes fordert in einer Entschließung zur Steuerfrage die Veranlassung der Grenze für den Lohn, Lohnabzug auf 60 000 Mark durch sofortige Verringerung des Einkommensteuervertrages. Ferner wird die entsprechende Erhöhung der Lohn- und Gehaltsbeträge verlangt, die der Steuerfreiheit unterliegen.

Die erhöhten Postgebühren.

Berlin, 16. Dez. Der Postgebührenauschuss des Reichstags nahm heute Stellung zu den von der Regierung vorgeschlagenen Gebührenerhöhungen. Ein Untersuchungsausschuss hatte Derabsetzungen der Regierungsvorschläge in Anregung gebracht. Reichspostminister Giesberts gab dem ersten Referenten der Verwaltung Ausdruck, was aber erneut darauf hin, daß die Einnahmen der Reichspostverwaltung leicht schon erschöpft sind und selbst für das laufende Etatsjahr noch Hunderte von Millionen gebraucht werden. Ein Regierungsvertreter wies darauf hin, daß Reformen schließlich nur Hunderte von Millionen ersparen könnten, während es sich hier um Milliardenbeträge handele. Reichsfinanzminister Dr. Hermsdorff betonte, daß nach den Ausführungen des englischen Schatzkanzlers Horne Ordnung des inneren Budgets Voraussetzung für Zahlungserleichterungen sei. Änderungen der Regierungsvorlage würden deshalb außerordentlich bedauerlich sein. Die Besprechung schloß mit der Annahme eines Geschäftsordnungsantrags, daß den Ausschussmitgliedern Gelegenheit gegeben werden solle, ihre Reaktionen von der Lage zu unterrichten.

Fastnacht 1922.

Regierungen deutscher Länder erwägen, wie die Mütter mitteilen, zurecht, ob im neuen Jahre die Fastnacht freizugehen oder verboten werden solle. Wir meinen, daß es hier kaum etwas zu erwägen gibt. Will unser Volk wirklich der Außenwelt die Meinung vom deutschen Ueberflus vorzuziehen, sich um jeden Preis den Ernst der Lage verbergen und die Verbitterung der unglücklichen Notleidenden bei uns durch den Anblick der Maskenfeier ins Maßlose steigern? Es würde dann freilich ein teurer Klammernier werden, bezahlt mit verächtlichem Grund der Gläubigerhoheit. Enttäuschung unserer ausländischen Wohlthäter, mit Verlust an deutschem Ansehen und inneren Frieden und mit Verlotterung des öffentlichen Bewusstseins. Wer diesen Preis verantworten kann, der weiche sich für die Fastnacht 1922!

Die Aussprache über die Stundungsforderung.

Berlin, 16. Dez. In der Aussprache wurde der Kanzler von Stinnes und Helfferich scharf angegriffen. „Sie kennen die Engländer kaum so gut und so lange wie ich!“ rief Stinnes dem Kanzler zu und erzählte, daß man ihm eben erst in London gelangt habe. Deutschland werde von Philologen regiert, die keine blasse Ahnung von Politik und Wirtschaft hätten. Daher komme man mit solchen Leuten auch zu keinem vernünftigen Abklärung. — Noch schärfer in der Sache war Helfferich: Die Bank von England habe in ihrem Schreiben an die deutsche Regierung ihre den einzigen Rettungsweg ja zugewiesen, indem sie erklärt habe, sie könne Deutschland so lange keine Anleihe geben, als es unter den Bedingungen von Versailles lebe. Hier also hätte Reich sofort zuzuhören und das, was er schon wiederholt versäumt hatte, jetzt fundam. müssen: Versailles ist unerfüllbar, und ich verlange auf Grund des Par-

graphen 243 des Vertrags die sofortige Nachprüfung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit!

Die verhaftete kommunistische Räuberbande gefändigt.

Die Ermittlungen des Raubdezernats der Berliner Kriminalpolizei zur Verhaftung der kommunistischen Bank- und Posträuber haben ergeben, daß die Raubüberfälle auf Bankhäuser, Postämter und Bauernhöfe der letzten Monate ausnahmslos von den Verhafteten verübt worden sind. Es seien 30 Mitglieder bereits im Vollzugegefangnis. Unter ihnen befinden sich auch mehrere Führer des kommunistischen Parteibüros in Mitteldeutschland. Die ganze Bande stand unter der geistigen und persönlichen Anführung des kommunistischen Sonderredners Plätner. Plätner bezeichnet sich selbst als Nachfolger des Raubhauptmanns Max Hölz. Er ist auch der Verfasser der Proklamation: „Der organisierte rote Schrecken“. Alle Verhafteten sind gefändigt. Sie waren durchweg mit falschen Papieren versehen, die ihnen nach ihren eigenen Angaben vor der kommunistischen Partei ausgehändigt worden sind.

Die Antwort der Reparationskommission.

Berlin, 17. Dez. Der Hauptinhalt der Reparationsnote ist heute Mittag um 4 1/2 Uhr in der Reichsbank mündlich der deutschen Regierung durch den französischen Vertreter mitgeteilt worden. Im wesentlichen beschränkt er sich auf drei Hauptfragen, die der Klärung der Sachlage dienen sollen: 1. Welchen Betrag wird die deutsche Regierung im Januar und Februar zahlen können? 2. Für wie lange Zeit wünscht die deutsche Regierung einen Zahlungsaufschub zu erhalten? 3. Welche Garantien kann die deutsche Regierung während der Dauer des Zahlungsaufschubs bieten?

Paris, 17. Dez. Nach einer Mitteilung der „Agence Havas“ hat die an die Regierung des Deutschen Reichs von der Reparationskommission gerichtete Antwort auf das von dem Reichskanzler vorgetragene Ersuchen um einen Zahlungsaufschub für die nächstfolgenden Monate folgenden Inhalt: Die Reparationskommission hat das Schreiben des Kanzlers vom 14. Dezember erhalten, in dem mitgeteilt wird, daß die deutsche Regierung nicht in der Lage ist, in vollem Umfang die Teile der Jahresraten zu bezahlen, die auf Grund des Zahlungsplans am 15. Januar und am 15. Februar fällig sind und in dem ferner die Reparationskommission erlucht wird, einem Aufschub für einen Teil dieser fälligen Beträge zuzustimmen. Die Kommission kann nur über Ueberbrückung darüber Ausdruck geben, daß in dem Brief des Kanzlers keine genauen Angaben enthalten sind, weder bezüglich der Devisen, die die deutsche Regierung an jedem der Verfalltage, also am 15. Januar und 15. Februar bereitstellen kann, noch betreffs der Dauer des Aufschubs, der erbeten wird, um den Rest zu begleichen, noch betreffs der Garantien, die in der Zwischenzeit geboten werden. Wenn die Kommission diese Einzelheiten nicht erfährt, und solange sie sie nicht erfährt, ist es ihr unmöglich, das Gesuch der deutschen Regierung in Berücksichtigung zu ziehen oder auch nur zu prüfen. Die Reparationskommission stellt mit Bedauern in dem Brief des Kanzlers das Fehlen irgend eines Hinweises auf die Maßnahmen fest, die er angewandt hat, oder anwenden will, um den von der Kommission in ihrer mündlichen Erklärung vom 13. November und in dem Brief vom 2. Dezember, auf den die Kommission seine besondere Aufmerksamkeit lenkt, ausgesprochenen Wünschen nachzukommen.

London, 17. Dez. In einem Leitartikel schreibt „Daily Telegraph“, es herrsche kein Zweifel, daß die deutsche Regierung in der Lage ist, die Zahlungen zu leisten, die von der Reparationskommission verlangt werden. Die deutsche Regierung hat sich aber bisher nicht entschlossen, die Zahlungen zu leisten, die von der Reparationskommission verlangt werden. Die deutsche Regierung hat sich aber bisher nicht entschlossen, die Zahlungen zu leisten, die von der Reparationskommission verlangt werden.

Ausland.

Prag, 17. Dez. Der tschechoslowakische Minister Dr. Beneš plant einen Bund der überreichlichen Nachfolgrstaaten unter Führung der Tschechoslowakei zum Zusammenbruch des gesamten Slaventums des Balkans gründen zu wollen.

Paris, 17. Dez. Der Abgeordnete Magna hat in der Kammer eine Interpellation eingebracht, in der er sich nach den Maßnahmen erkundigt, die die Regierung getroffen hat oder zu treffen beabsichtigt, um Deutschland zu veranlassen, die Zahlungsschuld vom 15. Januar und 15. Februar imte zu halten. — Der französische Senat billigte mit 174 gegen 129 Stimmen die Politik Briands hinsichtlich der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zum Vatikan.

London, 17. Dez. Im Unterhaus fragte gestern Wedgwood, ob das Unterhaus befragt werde, bevor ein Beschluß über die Streichung der Groß-Britannien von der französischen Regierung oder anderen Alliierten geschuldeten Summe getroffen werde. Lloyd George erwiderte, wenn diese Frage praktische Bedeutung erlange, werde dem Hause Vorschlag zur Erörterung gegeben werden. — Im Unterhaus ist gestern mitgeteilt worden, daß die Admiralität einen Kontrakt für den Abbruch einer Anzahl von englischen Kriegsschiffen in Deutschland abgeschlossen habe. Dieser Schritt sei getan worden, nachdem kein Versuch unterblieben sei, die Schiffe zum Abbruch auf dem englischen Markt unterzubringen. — Aufseherungen der britischen Geschäftswelt lassen auf britische Anwesenheit der deutschen Stundungsforderung und der Finanzkontrolle Deutschlands als erste Gegenforderung der Entente schließen. — Bei der Eröffnung in Southwark-Südost erhielt der Kandidat der Arbeiterpartei, Raylor, 6561 Stimmen, während auf den Kandidaten der Regierungspartei nur 2336 Stimmen entfielen. Bei der letzten Wahl im Dezember 1918 erhielt die Regierungspartei 7208 und die Arbeiterpartei nur 2718 Stimmen.

Die Feststellungen der Reparationskommission als Kampfmittel gegen die Stundung.

Die französisch orientierte „Times“ veröffentlichte die Ergebnisse der Untersuchung der Reparationskommission über die finanziellen Deutschlands. Am 7. Dezember wies die Kommission 93 Millionen Goldmark auf, oder 243 Millionen Goldmark mehr als zur Zahlung der Januar- und Februarraten notwendig sind. Wie das Blatt bemerkt, sind das nicht alle Geldquellen Deutschlands. Die deutschen Bankiers schätzen die ins Ausland verkauften Markdevisen auf zirka 90 Milliarden. Weiterhin hat Deutschland in neutralen Außenländern beträchtliche Summen untergebracht. Daß sich die Regierung und die Industrie über die Bezahlung der Reparationsleistungen nicht einigen konnten, geht die Alliierten nichts an. Das ist vielmehr eine Sache der deutschen Regierung und des deutschen Volkes. Nach Ansicht der Sachverständigen, die sich mit der Frage beschäftigen, würde eine Deutschland demillite Kritik den Alliierten nichts nützen, falls diese Kritik nicht im allgemeinen Interesse des Kredits an, äußerster Bedingungen genützt werde.

Belgien gegen die Stundungsforderung.

Der belgische Außenminister Jaspar erklärte nach seiner Rückkehr aus Paris den Zeitungsvertretern, er habe bei Briand darauf gedrungen, daß die Zahlungen Deutschlands im Januar und Februar, die zur Regelung der belgischen Prioritäten dienen sollen, unbedingt erfolgen müssen. Ein Moratorium dürfe nicht gewährt werden, die belgische Regierung werde sich energisch dagegen wehren.

Die Folgen einer Verminderung der deutschen Goldreserven.

London, 17. Dez. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Das Angebot der deutschen Regierung, die bevorstehende Reparationsrate nur zum Teil zu entrichten, sei als ein Versuch anzusehen, dem Beitreiben Deutschlands, seine Verpflichtungen so bald als möglich zu erfüllen, Ausdruck zu geben und eine Grundlage für weitere Verhandlungen zu schaffen. Die allgemeine verbreitete Ansicht, daß der Restbetrag aus den verbleibenden Goldreserven der Reichsbank entnommen werden könnte, sei ein Tragisch. Der unmittelbare Erfolg einer weiteren Schwächung der Goldreserve der Reichsbank würde eine bisher noch nicht dagewesene Entwertung der Mark sein. Eine alliierte Obhut auf die Goldreserve sei eine Frage. Sie sei bereits früher verurteilt worden, als die Entente die Ueberführung der Goldreserven der Reichsbank in das belgische Gebiet und ihre Stellung unter Kontrolle der Alliierten forderte. Das Ergebnis sei jedoch für die deutsche Wirtschaft und damit für die Gläubiger Deutschlands ungünstig gewesen. Es wäre nötig, daß in London nächste Woche oder auf der darauffolgenden Zusammenkunft des Obersten Rates und später auf einer Konferenz der Welt oder der europäischen Finanziers das Problem erörtert werden müßte, wie man Deutschland dabei unterläge und wenn nötig dazu zwingen, geordnete Finanzmethoden anzunehmen. Der unaufhörliche Strom von Papiergeld müßte aufgehalten werden. Von den bisher in London vom Schatzamt und von anderen Sachverständigen vorbereiteten zahlreichen technischen Plänen, wie z. B. zeitweilige Ausbebung der deutschen Zollgebühren für alliierte Waren, die nach Deutschland eingeführt werden, sei bisher von der Regierung noch keiner endgültig angenommen worden. Wenn irgend einer dieser Pläne angenommen werden sollte, so wäre die Zustimmung der alliierten Regierungen und der Reparationskommission erforderlich.

Senator Borah verlangt Revision des Versailles Vertrags.

Newport, 17. Dez. Senator Borah von der Partei der Unabhängigen erklärte in der Rede, die Wohlfahrt der ganzen Welt hänge von der völligen Revision des Versailles Vertrags, von der Abkräftung aller Ränder und davon ab, daß das Schicksal der Völker nicht mehr durch Gewalt entschieden werde. Er werde im Senat völlige Annulierung der europäischen Schulden gegenüber Amerika beantragen, aber nur unter der Bedingung, daß Europa den Vertrag von Versailles revidiere.

Frankreich übertriebene Forderungen.

Washington, 17. Dez. Auf der Washingtoner Konferenz hat gestern in der Sitzung des Inter-Alliierten für die Flottenfrage, der aus je drei Vertretern Englands, Frankreichs, Japans, Amerikas und Italiens besteht, der französische Admiral Lebon den Vorschlag gemacht, daß Frankreich das Recht einräumt werde, während 10 Jahren Großkampfschiffe von 35 000 Tonnen zu bauen, und zwar während der Jahre 1925 bis 1935. Nach Erstellung dieses Programms würde dann die französische Flotte der japanischen ebenbürtig sein. Der italienische Delegierte Schanzer bekämpfte diesen Vorschlag und ging davon aus, daß Italien eine der französischen Flotte gleichkommende haben müsse. Die Erstellung eines solchen Programms würde eine enorme Erhöhung der bestehenden Lonnage bedeuten und finanziell Ausgaben erfordern, die betrieuen wären, schwere wirtschaftliche Folgen herbeizuführen.

Associated Press meldet aus Washington: Was sich gegenwärtig mit dem französischen Flottenvorschlag ereignet, wurde vor dem Bekanntwerden bewahrt durch das Geheimnis, das die Sitzungen des Unterausschusses umgibt. Der offizielle britische Vorkämpfer wagte es indessen, anzuzudeuten, daß die Franzosen ein Schiffsbauprogramm vorgelegt hätten, das ihnen während der 1925 folgenden Jahre zehn Ueberdreadnoughts von 35 000 Tonnen gebe, und daß England, Amerika und Japan sich diesem Plan widersetzen. Die Bekanntgabe der französischen Forderung machte auf die Mitglieder der Konferenz einen verblüffenden Eindruck. Der italienische Vorkämpfer sagte, Frankreich fordere anscheinend eine gewaltige Vergrößerung seiner Flotte. Italien sei nach Washington gekommen in der Annahme, daß der Hauptzweck der Konferenz die Verminderungen der Rüstungen sei. Alles, sagte der Italiener, was wir suchen, ist Gewährleistung unserer Sicherheit und eine

Politik der Wiederherstellung des Gleichgewichts im Staat in Angriff zu nehmen.

Briefwechsel zwischen dem ehemaligen Kaiser und Hindenburg über die Schuldfrage.

Berlin, 18. Dez. Die Reichspresse veröffentlicht einen Briefwechsel vom Frühjahr 1921 zwischen dem früheren Kaiser und Hindenburg über die Schuldfrage.

Kriege selbst bestimmen können." Auf den Hinweis Hindenburg, daß das Schuldproblem nach wie vor den Angelpunkt für die Zukunft des deutschen Volkes bilde u. sich das in Versailles den deutschen Vertretern abgepreßte Jugendsündlich fürchtbar räche, antwortete Wilhelm II., die ledigliche Erhaltung der den Frieden erstrebenden Richtung der deutschen äußeren Vorkriegspolitik müsse jedem erkennbar sein, der sich der Wahrheit nicht verschließe.

Material zu sammeln und zu veröffentlichen, um die wirklichen Kriegsschuldher zu entlarven.

Zu den englisch-französischen Sonderbesprechungen berichtet der "Temps", in erster Linie werde man die Reparationsfrage besprechen. Man sehe die Möglichkeit eines englisch-deutschen Abkommens nach Art des Wiesbadener Abkommens vor, wonach Deutschland, Großbritannien gewisse in England nötige Produkte liefern und an der wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands mitarbeiten werde.

Vergorte
(Oberamt Calw).



Nadelstamm-Holz-Verkauf

Die Gemeinde verkauft am **Freitag, den 23. Dezember 1921, nachmittags 1 Uhr,** auf dem Rathaus in **Nischberg** im schriftlichen Ausschreib: **250 Fm. Forchen I., II. und III. Kl. (unverbindl.) auf dem Stod.**

Bedingungslos schriftliche Angebote in Prozenten des Forstpreises für 1922 ausgedrückt sind bis spätestens **Freitag, den 23. Dezember 1921, nachm. 1 Uhr,** zu welchem Zeitpunkt die Öffnung der Angebote stattfindet, bei dem Schultheißenamt einzureichen.

Angebote müssen die Aufschrift "Angebot auf Stammholz" tragen. Die Forchen sind ausgezeichnet und können befehligt werden, wozu Waldschütz Federmann hier zur Verfügung steht.

Gemeinderat.

Langholz-Vergebung.

Die Gemeinde Weiler bei Pforzheim vergibt am **Mittwoch, den 21. Dezember d. J., nachm. 1 Uhr,** auf dem Rathaus dahier im Wege der Submission (Klassenweise) folgende Holzsorten:

- | | |
|------------------------------------|-------------|
| 1) zirka 30 Fm. Forlen | I. Klasse, |
| 100 Fm. dto. | II. |
| 100 Fm. dto. | III. |
| 10 Fm. dto. | IV. |
| 2) zirka 5 Fm. Fichten III. u. IV. | V. |
| 30 Fm. dto. | VI. |
| 3 Fm. dto. | VII. |
| 3) zirka 5 Fm. Rotbuchen | I. |
| 8 Fm. " | III. u. IV. |
| 4) zirka 6 Fm. Eichen III. u. IV. | |

Angebote hierfür sind längstens bis zu dem oben bestimmten Termin beim Bürgermeisteramt vorzulegen.

Der Gemeinderat:
Veder, Bürgermeister.

Zur Beachtung!

Halbflanelle, gestreift und kariert, Unterrockflanelle, Bettzeuge und Schürzenzeuge, Schirting, Taschentücher zu sehr mäßigen Preisen.

Heinrich Kirn, Pforzheim,
Reinholdstraße 20. · · Rein Laden.

Bevor Sie

Damen-Pelze

kaufen, besuchen Sie zuerst das **Pelzhaus Lehmann, Karlsruhe**
Zirkel 32, 1 Treppe hoch.

Sie finden hier **Grosse Auswahl! Eleg. Verarbeitung! Mässige Preise!**

Nadelstammholz-Verkauf.

Es sind **77 St.** mit ca. **24 Fm.** gegen bar sofort zu verkaufen. Angebote pro Festmeter durchschnittlich oder nach Klassen.

Zu erfragen in der "Enztäler"-Geschäftsstelle.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Sigung d. Gemeinderats
am **Dienstag, den 20. Dez.,**
abends 8 Uhr.

- Tagesordnung:
- 1) Rechtsache Herrmann gegen Gehring.
 - 2) Verschiedene Beitragsge- suchte.
 - 3) Sonstiges.
- Stadtschultheiß: Knobel.

Kotenfol.
Die beleidigende Aeusserung, die ich g. ger. **Emilie Pfeiffer** hier ausgelegt habe, nehme ich bereuend zurück u. leiste hiemit **Abbitte.**

Marie Greul.
Begläubigt!
Kotenfol, den 16. Dez. 1921
Schultheißen-Amt.
Schwabbe.

Neuenbürg.
Weihnachts-Geschenk!
Geige mit Kosten u. Bogen billig zu verkaufen.
Windhof 406.

Ein in der Landwirtschaft und Pferdepflege durchaus erfahrener, jüngerer, zuverlässiger

Knecht

kann auf 1. Januar 1922 in gutbezahlte Dauerstellung eintreten.
Wo? sagt die Enztälergeschäftsstelle.

Keltene, tüchtige Eisendreher
für dauernde All.-Arb. gesucht.
Motorenfabrik Karl Bachmann & Co.,
Ausbach i. Wapern.

Mädchen

Ehrlich, im Haushalt erfahr.
auf 1. Januar 1922 gesucht.
Fr. Oberpostfakt. **Kurz, Stuttgart,**
Böplerwaldstr. 31, 2.

Mädchen

Ein tüchtiges für Haushalt, welches auch melken kann, gegen hohen Lohn sofort gesucht.
Frau Fabrikant **Hudschlag,**
Ruppenheim in Baden.

Suchfoks,

für Zentralheizung und Kessel- feuerung, sowie jeden Haus- brand vorzüglich geeignet, hat laufend ab Lager und bei Wagonladungen ab Werk abzugeben.

Birkenfeld, Baumaterialien- Großhandlung,
Birkenfeld (Württemberg),
Telefon 16.

Gehrockanzug

Ein noch gut erhaltener (für mittlere Figur) ist zu ver- kaufen.
Zu erfragen in der Ge- schäftsstelle des "Enztäler".

Neuenbürg.
Als passende Weihnachts-Geschenke
empfehle, da hierin sehr frühzeitig eingelaufen,

zu billigsten Preisen:
Schwarzen, schweren Seidensamt
zu Mäntel und Kleider,

schwarze Gabardine- und
Ballon-Seide zu Blousen,
Gabardine, Reinwollen,
in neuesten Farben zu Costümes und Kleider,

schwarze u. farbige Kleiderstoffe,
Reinwollen,
von **Mark 36.-** per Meter an.

Emil Meisel.

Augenbrand.
Warnung!

Ich warne hiemit jedermann aufs strengste, weitere Aus- sagen darüber zu machen, ich wäre an dem Bretterdiebstahl, der bei Herrn **Joh. Reule** zum Ohren hier verübt wurde, beteiligt gewesen und hätte die Bretter mit eigener Schnitt- ware weiter transportiert.

Indem in dieser Angelegenheit nachweisbar jegliche Begründung fehlt, die auf eine Täterschaft meinerseits schließen läßt, so werde ich rüchichtslos gegen jeden sofort gerichtlich vorgehen, der mir als Weiterverbreiter nachhaft gemacht wird. Auch sind mir in letzter Zeit verschiedene andere un- wahre Gerüchte über meine Person zu Ohren gekommen und werden auch solche fernherhin aufs schärfste gerügt.

Ich sehe jeweils für die Bekanntheit des Urhebers der Gerüchte eine Belohnung von **RM. 500** aus.

Friedr. Fischer, Landwirt.

Billiges Angebot!
Wenig getragene Heberzieher
aus prima Stoffen, von **A 200** bis **400,**
Anzüge,
von **A 250** bis **A 575,**
Hosen — Joppen
zu den billigsten Preisen.

Sonntag, den 18. ds. Mts. bis 4 Uhr geöffnet.
Verkaufslager Pforzheim, Tal 2, 1. Stock.

Ziehharmonikas werden noch wie **neu repariert,** wenn dieselben sofort gebracht werden.
Dieselbst große Auswahl in neuen und gebrauchten
Harmonikas
zu **Fabrikpreisen.** Auf Wunsch erhält jeder Käufer Unterricht von Meisterpieler **Hohlofer.**

Gebr. Hohlofer, Pforzheim, Vergstraße Nr. 27.
Um zu räumen vor Weihnachten, jede Harmonika **50 Mark** billiger.
Auch sehr billige, gebrauchte Gitarren u. Mandolinen

Abschlag!
Meine allerfeinste, butterähnliche
Tafel-Margarine

die einen vollkommenen Ersatz für Molkereibutter darstellt, ver. in Postpak. von **9 Pfund** frei ins Haus. **Rein. Mark 24.-** Probe führt zu **1 Pfund** zu **Mark 24.-** dauernd. Bezug. **J. Bilger, Oberschwäbische Central-Molkerei, Biberach a. Nig.**

Neuenbürg.
Frisch eingetroffen ein
besonders schönes
Weizenfuttermehl Nr. 1
Weizenfuttermehl Nr. 2
Weizenkleien,
Stroggenfuttermehl
Gerste

u. wird zum günstigen Preis abgegeben.
Karl Scholl, Wehlhandlung,
Telephon 117.
Gräfenhausen.
Einen **13 Monate** alten

Zucht- farren,

gut im Dienst, Rotfisch, **zwei**

Läufer- Schwein

verkauft
Ernst Wen.

Gräfenhausen.
Ein starkes **1 1/2-jähriges**

Zucht- Rind,

sowie ein gutes **Kalb**
hat zu verkaufen
Friedrich Dittus,
Bauer.

Ein junges, schwarzes, **Schlacht- Rind**

hat zu verkaufen.
Wer? sagt die "Enztäler" Geschäftsstelle.

Dennach.
Verkaufe junge hochträchtige

Rind.

Pfrommer & Pfr.
Obernieselsbach.
Ein

Läufer- Schwein

und einige Zentner **Stroh**
verkauft
Gottlob Kraut.

Zavelstein (O.A. Calw).
Sehe eine **37 Wochen** alte, **3 Jahre** alte gute

Rind- u. Zucht- farren
dem Verkauf aus
Nikola Holler.
Losungsbücher
sind eingetroffen.
E. Wechsche Buchhandlung,
Jnh.: **D. Strom.**

Landkreis Calw
Kreisarchiv Calw
295

Landkreis Calw
Kreisarchiv Calw
295

Landkreis Calw
Kreisarchiv Calw
295

Landkreis Calw
Kreisarchiv Calw
295

Landkreis Calw
Kreisarchiv Calw
295

Landkreis Calw
Kreisarchiv Calw
295

Landkreis Calw
Kreisarchiv Calw
295

Landkreis Calw
Kreisarchiv Calw
295

Landkreis Calw
Kreisarchiv Calw
295

Landkreis Calw
Kreisarchiv Calw
295

Landkreis Calw
Kreisarchiv Calw
295

Landkreis Calw
Kreisarchiv Calw
295

Landkreis Calw
Kreisarchiv Calw
295

Landkreis Calw
Kreisarchiv Calw
295

Landkreis Calw
Kreisarchiv Calw
295

Landkreis Calw
Kreisarchiv Calw
295

Landkreis Calw
Kreisarchiv Calw
295

Landkreis Calw
Kreisarchiv Calw
295

Landkreis Calw
Kreisarchiv Calw
295